

Giebeker Volksbote.

Organ für die Interessen der werthältigen Bevölkerung.

Telephon Nr. 412.)

Mit der illustrierten Zeitungsausgabe „Die Neue Welt“.

Telephon Nr. 419.)

Der „Giebeker Volksbote“ erscheint täglich abends später an Sonnen und Feiertagen) und am Dienstag des folgenden Tages und ist durch die Brevierlinie „Giebeker Volksboten“ zu bestreichen. Preis vierteljährlich M. 1,80. Monatlich M. 15 Pf. Belohnungspreis 10 Pf. Postkarte.

Die Ausgabenzugabe beträgt für die viergeschossige Postzelle oder deren Raum 15 Pf., für Verhauungszug., Arbeits- und Wohnungszettelgen nur 10 Pf., auswärtige Anzeigen 20 Pf. Fristen für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Vor. morgens in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 31.

Sonntag den 5. Februar 1899.

6. Jahrgang.

Hierzu eine Beilage und „Die neue Welt“.

Deutscher Reichstag.

(Original-Bericht des „Giebeker Volksboten“.)

Berlin, den 3. Februar.

Der Reichstag begann heute die Berathung des Postwesens. Zuerst wurden die Einnahmen genehmigt und das gab dem freisinnigen Abgeordneten Müller-Sagan Veranlassung, alle die schon so oft laut gewordenen Wünsche nach Porto-Ermäßigung und Gebührenherabsetzung wieder vorzubringen. Unter Herrn von Stephan war schließlich von Reformvorschlag gar nichts mehr zu verspüren, aber auch seitdem Herr v. Pobbielski an der Spitze des Postwesens steht, hat sich noch nicht viel in dieser Richtung geändert. Immerhin sind Reformvorlagen in größerer Anzahl in Vorbereitung und so darf man hoffen, daß die Verwaltung nunmehr bald den Ansprüchen, welche an sie im Interesse des Verkehrs zu stellen sind, auch genügen wird.

Nach den „Einnahmen“ kamen der Titel „Gehalt des Staatssekretärs“ an die Reihe. Genosse Singer setzte mit einer kräftigen Rede ein, der im Hause allgemeine Aufmerksamkeit geschenkt wurde, wußte man doch, daß die Rede eine scharfe Kritik der ganzen Verwaltungsmäßigkeiten im Reiche Pobbielski enthalten würde. Singer hatte zahlreiches Material zur Stelle und wußte es sehr geschickt zu gruppieren. Den Haupttheil der Rede bildete die Besprechung der Maßregelungen gegen Unterbeamte, die sich wegen sozialdemokratischer Gesinnung oder auch nur wegen Agitation in dem ganz loyalen Verein der Unterbeamten mühelos gemacht haben. Der bekannte Fall in Braunschweig, die ebenso bekannten Fälle aus den Städten Hamburg und Hameln wurden dabei vom Redner in eingehender Weise erörtert. Gen. Singer gehört gewiß zu denjenigen Rednern, welche die parlamentarische Ordnung nicht abschärflich mit Füßen treten. Er weiß als Vorsitzender der Geschäftsordnungskommission, was parlamentarisch zulässig ist und was nicht. Trotzdem wurde er heute dreimal zur Ordnung gerufen und zwar von dem freisinnigen Vizepräsidenten Schmidt. Es ist ja wahr, dem Herrn ist von unserer Seite in der bekannten Affäre der Unterredung mit dem Kaiser arg mitgespielt worden, aber doch nur berechtigter Weise und die Mache, die er dafür an Singer nehmen zu müssen glaubte, war alles weniger als schön. Gar viele Freisinnige waren mit dem Vorgehen ihres Fraktionsgenossen nicht einverstanden und das will gewiß schon viel sagen. Mehr noch als die Thatsache der Ordnungsrufe, muß die Form zur Kritik herausfordern, in die Herr Schmidt seine Ordnungsrufe einschleidete. Von Verleumdung darf weder ein Mitglied des Hauses noch der Präsident sprechen. Herr Schmidt hätte sich in diesem Falle eigentlich selbst zur Ordnung rufen müssen.

Dem Genossen Singer antwortete der Staatssekretär von Pobbielski in seiner frischen ungezwungenen Manier, die oft trotz des sehr ernsten Inhaltes Heiterkeit erregte. Herr v. Pobbielski ist kein Bürokrat, er spricht so ganz anders als seine Ministerkollegen, aber durch den Ton darf man sich über die reaktionäre Gesinnung des neuen Postmeisters nicht täuschen lassen. Der neue Poststaatssekretär will seine Beamten ärger politisch bewußt machen, als das je in einer Verwaltung bisher der Fall war. Er proklamierte den Grundsatz: Kein Postbeamter darf Sozialdemokrat sein, sonst fliegt er hinaus. Herr v. Karowdorff zollte ihm dafür Dank, von unserer Seite und hoffentlich auch von anderen Parteien wird dem Staatssekretär hoffentlich morgen das Unumgängliche dieser Auffassung klar gemacht werden.

24. Sitzung. Mittags 1 Uhr.

Um Bundesrechtlich: von Pobbielski, Freiherr von Chiellmann.

Die zweite Staatsberathung wird bei der Post- und Telegraphenverwaltung fortgesetzt. Die Berathung beginnt mit den Einnahmen, bei denen die Porto- und Telegraphengebühren mit 335 $\frac{1}{4}$ Millionen (27/2 Millionen mehr als im Vorjahr) eingestellt sind.

Müller-Sagan (FDP) spricht für die Erhöhung des zu lässigen Gewichtes einfacher Briefe von 15 auf 20 Gramm, wünscht ferner, daß solche Manuskripte als Drucksachen behandelt werden wie im Weltpostverkehr, daß die Telegraphengebühren für kleinere Ortschaften herabgesetzt werden und ergibt es, daß man bei Ferngesprächen auch dann die Gebühren bezahlen müßt, wenn man keinen Anschluß erhalten hat. Auch sollte bei Postanweisungen der Betrag von 10 Pf. nicht nur bis 5, sondern bis 20 M. gelten. Rebner

sordert eine Entscheidung der Frage, wo die Postfreiheit der Landesfürsten aufhört und was man unter Angelegenheiten der landesherlichen Verwaltung versteht. Dann berichtet er über die bekannte Entscheidung des Reichsgerichts, nach welcher der Postverwaltung nicht das Recht zusteht, öffentliche Straßen für ihre Telegraphenleitungen zu benutzen und fragt an, ob es richtig sei, daß der Stadt Ratowitz für den Fall, daß sie ihre Genehmigung hierzu verlängt, die Sperrung des gesamten Telefonverkehrs angeordnet worden sei.

Staatssekretär v. Pobbielski: Das Mithverhältnis zwischen Manuskriptsendungen des In- und Auslands wird abgestellt werden. Für die Telephongebühren wird bald ein anderer Tarif in Kraft treten; der beständige Gesetzesentwurf ist bereits dem Bundesrat zugegangen. Das sieht, wie ich dem Abg. Singer in der Kommission erwidert habe, im engsten Zusammenhang mit dem Megegesetz. Wo soll ich dann die Drähte hinstellen? Ich kann sie doch nicht an den Mand hängen. (Große Heiterkeit.) Ich kann sie doch verschiedene Verbesserungen im Telephondienst vorsehen. Bei den neuen 10 Pf.-Postanweisungen arbeiten wir tatsächlich mit Unterblitz. Was die Postfreiheitsfrage betrifft, so kann ich nichts dagegen machen, wenn eine Regierung erklärt, die und die Sache liege innerhalb des Postabkommen. (Averium) Ich kann die Sache bei der nächsten Berathung des Averiums eine Erhöhung beantragen.

Graf Stolberg-Wernigerode (L.) hofft eine baldige Herausstellung der Telephongebühren auf dem Lande und den Kleinstädten.

Damit schließt die Debatte. Der Titel wird bewilligt. Im Titel „Zeitung“ sind 6220000 M. (250000 M. mehr als im Vorjahr) eingestellt. Die Kommission (Referent Abg. Dr. Paasche, nördl.) beantragt die Bewilligung. Der Titel wird debattlos bewilligt. Die Einnahmen sind damit erledigt. Bei den Ausgaben, Titel „Staatssekretär“, hält Abg. Dr. Vingens (C) seine Rede über erhöhte Sonntagsruhe der Postbeamten.

Singer (SD): Ich hätte den Wunsch, daß der Herr Staatssekretär sich über die Art der Sonntagsruhe in den einzelnen Bezirken seiner Verwaltung berichten ließe. Die Ergebnisse dieser Enquête würden den Herrn Staatssekretär wohl veranlassen, diesen Dingen mehr Aufmerksamkeit zu widmen. Heute möchte ich noch einmal auf ein Thema zurückkommen, über das ich bereits in der Budgetkommission sprach: die Reichspostverwaltung hat in mehreren Fällen die Aufträge von Militäranwärtern auf Nachzahlung der ihnen nach dem Gesetz über die Alterszulage zustehenden Summe unter Verlust auf das Verjährungsrecht zurückgewiesen. Da der Herr Staatssekretär anerkannt hat, daß in dieser Zurückweisung eine schwere Ungerechtigkeit für Einzelne liege, so möchte ich ihm heute Gelegenheit geben, seine Erwiderung im Plenum zu wiederholen. Im Privatleben würde man es sicher nicht fair ansehen, wenn jemand, der einem Anderen etwas schuldig ist, sich auf das Verjährungsrecht beruft. Diese Verlust wird im Volke um so weniger verstanden, als sie von einer Bevölde ausgeht, die Millionen Lebenschlisse macht. Der Staatssekretär berief sich in der Kommission auf den Rechnungshof, ich kann mir aber nicht denken, daß dieser Einspruch erhoben hätte und in ähnlichen Fällen Einspruch erheben wird. Einer dieser Militäranwärter hat den Poststiftus verklagt und das Reichsgericht hat schließlich den Poststiftus zur Zahlung verurtheilt. Daranhin setzte sich das Kriegsministerium mit dem Poststiftus in Verbindung und vom Jahre 1894 wurde den Militäranwärtern das ihnen zukommende ausbezahlt. Die Leute, die von 1882—94 geschädigt wurden sind, verlangen nun Nachzahlung und ihnen gegenüber beruft man sich auf die Verjährungszeit. Ich hoffe nun, daß die Leute recht bald in den Besitz der ihnen zukommenden Bezahlung gelangen werden. Der Herr Staatssekretär versprach uns hier, als er sein Amt antrat, daß er keine Märtyrer schaffen wolle. Leider hat er doch jüdische Märtyrer geschafft und Leute entlassen, die in dem Verdacht sozialdemokratischer Gesinnung standen. Sie erinnern sich des Kampfes, welchen Herr von Stephan gegen den Assistentenverband geführt, und gegen den als Parteien mit Ausnahme der Rechten Stellung genommen haben. Herr von Pobbielski setzt diesen Kampf fort, wenn auch weniger gegen die Assistenten als gegen die Unterbeamten, die Reichspostverwaltung spielt geradezu Fangball mit diesen Unterbeamten. Der ganze Groß und der ganze Zorn, den der Staatssekretär in sich zu haben scheint, richtet sich gegen die sogenannten Agitatoren, gegen die Sozialdemokratie. Bei den Bestrebungen, denen die Postverwaltung entgegentritt, handelt es sich gar nicht um sozialdemokratische Überzeugungen. Es wird lediglich die Vertretung der wirtschaftlichen Interessen dieser Beamtenklasse verfolgt. (Sehr richtig! links.) Und so gut wie die oberen Beamten, haben auch die unteren Beamten das Recht, ihre wirtschaftlichen Interessen zu wahren. Man verbächtigt nun diese wirtschaftliche Thätigkeit als sozialdemokratisch und den Leuten, die an der Spitze der Verbände stehen, wird vorgeworfen, sie seien Sozialdemokraten. Der Herr Staatssekretär erklärt es unvereinbar mit dem Dienstideal als Beamter, sozialdemokratischen Bestrebungen zu huldigen. Diese Leute werden aber künftig zu Sozialdemokraten gestempelt, denn das ist es nicht sind, beweist die Thatsache, daß sie in den Versammlungen Hochrufe auf den Kaiser ausbringen. (Heiterkeit.) Gestatten Sie mir einige Beispiele anzuführen, wie man mit Unterbeamten verfährt. Ein Erlass des Herrn Staatssekretärs richtet sich gegen die Agitatoren in den Unterbeamten-Versammlungen und es heißt dann wörtlich: Wer sich durch solche Agitationen beeinflussen läßt kann nicht erwarten, daß ihm das Vertrauen geschenkt wird, das für das Eintraten in verantwortliche Stelle erforderlich ist. (Sehr richtig! rechts.) Dass die Herren rechts das gut finden, weiß ich, aber Sie sind ja glücklicher Weise hier nicht maßgebend. Die Beamten haben ihr Organ „Der deutsche Postbote.“ Ich bitte Sie darin mit einer Stelle zu zeigen, in der sozialdemokratische Tendenzen vertreten werden. Trotzdem richtet sich ein Erlass vom 15. September 1898 gegen dieses Organ, weil es geeignet sei, mehr und mehr das Vertrauen der Postunterbeamten in ihre Vorgesetzten zu erschüttern, und warnt davor, den „Postboten“ zu abonnieren oder zu verbreiten. Einen Vorzug hat ja der Herr Staatssekretär, er schickt seine Erlasse nicht mit der Aufschrift „geheim“ in die Welt. (Sehr gut! rechts.) Das

halte ich auch sehr verständig, weil sich dadurch jeder Post-Unterbeamte über den Terrorismus seines Chefs klar werden kann. Unter der Regie des Herrn Staatssekretärs ist nun ein Gegengesetz herausgegeben worden: „Die Neue Post“, das mit allen möglichen Mitteln seitens der Postverwaltung poussé wird. Diese „Neue Post“ ist nämlich das offizielle Organ der Reichspostverwaltung und soll die Unterbeamten davon bewahren, mehr, als ihnen durch dieses Blatt gestattet, von der Postverwaltung zu verlangen. Wer sich aber die geistige Nahrung nicht vorschreiben lassen will, und noch wie vor dem „Deutschen Postboten“ tren bleibt, wird einfach entlassen. Dadurch lädt sich doch aber Niemand in seiner Überzeugung beeinflussen. Dadurch werden uns Freiheit eröffnet. Aber auch das außerdiplomatische Verhalten der Beamten wird überwacht. Ein Erlass bestimmt, daß vor der Verfüllung der lebenslänglichen Anstellung eines Beamten auf seine gesammelten dienstlichen und außerdiplomatischen Tätigkeiten zurückgegangen und hierauf abhängig gemacht wird. Ich begreife, daß Sie diese sozialdemokratische Behandlung der Beamten billigen. (Lachen rechts.) Aber Sie können doch nicht verlangen, daß wir es dulden, daß die aus den Mitteln des gesamten Volkes zu ihrem Überleben kommende Reichspostverwaltung ihre Beamten derartig behandelt. Wir sind allerdings der Meinung, daß der jetzt übliche Kasernenton nicht für den Bericht mit Beamten passt. (Sehr gut! bei den Sozialdem.) Große Unruhe rechts. Während man Sozialdemokraten wegen Sohoffs anklagt, lädt die Postverwaltung eben solchen Sohoff aus und warnt vor dem Besuch solcher Losale, in denen der „Deutsche Postbote“ auslegt. (Hört, hört! bei den Sozialdem.) Diese Art des Kampfes kann nur als blöde Angst vor dem Inhalt des „Postboten“ ausgelegt werden. (Sehr richtig! bei den Sozialdem. Lachen rechts.) Aber, meine Herren, was in diesem Blatte über die Haltung der Reichspostverwaltung gegen die Unterbeamten gesagt wird, ist wahr, und weil Sie die Wahrheit nicht nur nicht hören können, sondern sie auch nicht verbreiten lassen wollen, deshalb dieses Vorgehen gegen den Postboten. . . . (Glocke des Präsidenten).

Vizepräsident Schmidt: Herr Abgeordneter, Sie würden wirkungsvoller sein, wenn Sie mehr reden wollten. (Bravo rechts.)

Singer (fortsährend): Herr Präsident, das mehr oder weniger manvolle Reden ist wohl Sache des Temperaments! In Saalfeld an der Saale wurde zwei Assistenten der Dienst gefündigt, weil sie den Dienststundenplan der „Deutschen Postzeitung“ eingesandt hatten, das Organ des Assistentenverbands. Was ist denn daran zu verheimlichen? Die Postverwaltung sollte aber nur Dienststundenpläne haben, die das Licht der Öffentlichkeit nicht zu scheuen brauchen. (Sehr richtig! bei den Sozialdem.) Nun komme ich zu einem Erlass der Oberpostdirektion von Potsdam. Durch diesen wird es gerigt, daß in dem Grundstück des Kaiserlichen Postamtes dort Vorberhaus- und Hofwohnungen an Arbeitersfamilien vermietet seien, und das Erlichen gestellt, sofort die Vorberhauswohnung zu kündigen. Kann man denn in verlebender und höhnischer Weise. . . . (Glocke des Präsidenten).

Vizepräsident Schmidt: Wegen dieser Neuerung rufe ich den Abg. Singer zur Ordnung. (Bravo rechts.)

Singer (fortsährend): In einem solchen Erlass kommt es eben zum Ausdruck, daß man sich etwas Besseres dünkt und die Nachbarschaft der Arbeiter nicht haben will. Dieser Geist der Bedrückung der Unterbeamten wird für die Reichspostverwaltung noch die allerhöchstens Freiheit tragen (Lachen rechts). Es ist dem Unterbeamten nicht zu verdenken, wenn er, abgestoßen durch solche Erlassen, sich nicht mehr mit Beratern an die Behörde wendet, sondern die Vertretung seiner Interessen an anderer Stelle sucht. (Lachen rechts, sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Nun habe ich noch im Auftrage meines Freundes Blos einen Braunschweiger Affaire vorzubringen. Durch einen Erlass vom 29. August 1898 ist der beim Postamt in Braunschweig auf Lebenszeit angestellte Postschaffner Wolf, weil er sich öffentlich als Sozialdemokrat bekannt habe, vom Amt suspendiert und das Disziplinarverfahren ist gegen ihn eröffigt. Das Urteil in diesem Verfahren legt es ihm als eine schwere Verfehlung gegen sein Amt aus, daß er bei den Stichwahlen 1898 gesagt hat: Wählt Blos! Der Mann hat aber nur gesagt: wählt Blos! (Große Heiterkeit.) Dies war in Braunschweig ein Wahlwitz, den z. B. auch das Flugblatt der deutsch-sozialen Reformpartei gemacht hat. (Heiterkeit.) Trotzdem es in dem Ereignis heißt, daß er selbst behauptet, für Blos gestimmt zu haben und auch seine sozialdemokratische Gesinnung vor der Wahl nicht erwiesen ist, wurde er für schuldig erklärt, weil er in dem Wahllokal mit zwei Sozialdemokraten angefochten hat. Diesen war er jedoch ganz unbekannt und hat sich im Uebrigen 21 Jahre lang tadellos geführt. Der Disziplinarhof hat auf eine Strafversetzung und auf Kürzung von zwei Achteln seines Gehalts erkannt. Nun, daß wir hier 56 Mann in den Reichstag gewählt sind, beweist, daß 2 Millionen deutscher Wähler anders urtheilen als der Braunschweiger Landesgerichtspräsident, der etwas Besseres tun könnte, als sein Richteramt zu Verherrlichungen gegen die Sozialdemokratie auszunutzen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten. Große Unruhe rechts. Glocke des Präsidenten.)

Vizepräsident Schmidt ruft den Redner zum zweiten Male zur Ordnung und macht ihn auf die geschäftsordnungsmäßigen Folgen aufmerksam.

Singer (fortsährend): Meine Kritik ist veranlaßt durch das Verhalten des Landesgerichtspräsidenten.

Vizepräsident Schmidt: Als Präsident muß ich Beamte gegen solche Verleumdungen, wie sie der Abgeordnete Singer ausgesprochen hat, in Schutz nehmen. (Beifall rechts.)

Singer (fortsährend): Ich wünschte auf das Lebhafteste, daß die Reichspostverwaltung von dem Bewußtsein durchdrungen würde, daß die Postbeamten nur dazu da sind, ihren Dienst treu und ehrlich zu erfüllen. Es ist willkürlich und reaktionär, wenn Sie in die Erfüllung des Dienstes gleichzeitig die Verpflichtung hineinlegen, nur die Überzeugung zu haben, die der Vorgesetzte zu haben befiehlt! Das ist Sklaverei. Wollen Sie plötzlich treue Beamten, so behandeln Sie sie nicht als Sklaven sondern als Menschen! (Bravo! bei den Sozialdemokraten. Unruhe rechts.) (Schluß folgt.)

Politische Rundschau.

Deutschland.

Ein „Pater peccavt“ stammt das Lauterblatt. Die „Nordd. Allg. Zeit.“ hatte letzter Tage die Anerkennung des Staatssekretärs der Marine betreffend die Wahlbeeinflussungen auf der Danziger Werft in einer Weise besprochen, daß man glauben müßte, die Hintermänner des Blattes seien nicht einverstanden mit den Worten und Ausschreibungen des Herrn Tirpitz in dieser Angelegenheit. Fest leistet die „Norddeutsche“ ein wenig Abhilfe, ihre Anerkennung sei nicht gegen den Staatssekretär des Reichs-Marineamts gerichtet gewesen. — Man weiß aber, daß eine Anerkennung des Herrn Tirpitz dem maßgebendsten Mann der Reichsregierung, dem Freiherrn v. Stumm, nicht gefallen hat. Dies ist das Urtheil, was einem heutigen Minister, der Minister bleiben will, passieren kann.

Die Genehmigung zur Einsetzung des Strafversuches gegen den Abg. Schmidt-Aischer stehen, der selbst die Aufhebung der Immunität beantragt hat, ist von der Geschäftsausführungskommission des Reichstages gestern einstimmig ertheilt worden.

Zum Fall Delbrück berichtet die „Hilfe“ des Pfarrers Maumann, daß die „obersten Häupter der Berliner Universität“ in einer Besprechung beschlossen haben, nichts für Delbrück zu thun, obwohl sie sich dem Eindruck nicht verschließen, daß eine Verurteilung Delbrucks auf die geistige Freiheit aller Professoren ungünstig wirken müsse. Ein Anklagen gegen die Disziplinarordnung sei doch ausichtlos, also wolle man sich nicht unnötig den Mund verbrennen. — Sehr klug und sehr vorsichtig! Es geht doch nichts über die Leistungsfähigkeit deutscher Professoren!

Die Getreide-Einfuhr in Deutschland im Jahre 1898 betrug (im Vergleich mit dem Vorjahr) 14,77 (11,79) Millionen D.Z. Weizen, 9,1 (8,56) Millionen D.Z. Roggen, 4,56 (5,48) Millionen D.Z. Hafer, 11,5 (10,6) Millionen D.Z. Gerste, 1,2 (1,2) Millionen D.Z. Mais und Rübsaat, 15,8 (12,6) Millionen D.Z. Mais und Dari.

Keine politischen Nachrichten. Die Frage der Stellvertretungskosten für den zum Landtags- und Reichstagsabgeordneten gewählten Professor Pauli-Gersdorf ist vorläufig erledigt worden. Der Regierungspräsident hat den Magistrat angewiesen, die von den städtischen Körperbehörden abgelehnten Vertretungskosten in den städtischen Etat einzustellen. Der Magistrat ist indessen beim Ober-Verwaltungsgericht wegen Aufhebung gedachter Verfolgung des Regierungs-Präsidenten zugrunde gegangen. — Auf eine neue Schattenseite der Heeresverstärkung macht in einer Eingabe an den Reichstag der Verband deutscher Militäranwälter und Justizbeamten aufmerksam. Es wird darin hervorgehoben, daß die wiederholt eingetreteten Heeresverstärkungen eine größere Zahl von versorgungsberechtigten Unteroffizieren mit sich bringe und damit eine Verschlechterung der Konkurrenz derselben bei den Militäranwältern vorbehaltenen Substanzen und Unterbeamtenstellen bei den Reichs-, Staats- und Kommunalbehörden. — Der Ausnahmearbeitsmarkt für Eis in vollen Wagenladungen, der auch im vergangenen Jahre in Geltung war, ist vom 1. Februar d. J. ab bis zum Jahresende wieder in Kraft gesetzt worden. — **Von d. Landesamt.** Unter dieser Spitznamen meldet das Verlauter-Organ des Bundes der Landwirthe aus Königsberg i. Pr.: Im vergangenen Jahre sind aus der Provinz Ostpreußen 15 000 Arbeiter und Arbeiterinnen nach dem Westen und 17 100 nach den Städten gezogen. Warum? Das unterfahrt das Blindecker wohltätig hinzufügen. — Der Entwurf des Invalidenversicherungsgesetzes ist, wie bürgerliche Blätter hervorheben, zu Stande gekommen, ohne daß die Vorstände der Invaliditäts- und Altersversicherungsanstalten gehört worden sind. Das müsse als sehr bedenklich bezeichnet werden, da gerade diese Anstalten die größte Sachkunde besitzen. Die Vorstände der Versicherungsanstalten treten nunmehr am 6. Februar in Eisenach zu einer Konferenz zusammen, um

zur den Inhalt der Sitzungen überzumitteln. Die Redaktion dem Publikum gegenüber vertritt keine Verantwortung.

Wir ersuchen unsere Leser, diejenigen Geschäfte, welche im Lübecker Volksboten inserieren, zu berücksichtigen und bei event. Anlässen sich auf unser Blatt zu beuren.

Für die beim Ableben meines lieben Mannes erzielene Theilnahme und reichen Kranzspenden sagt seinen Mitarbeitern und Freunden, sowie Herrn Pastor Bielek für seine trostreichen Worte herzlichsten Dank.
Johanna Franck, geb. Meier.

Zu verm. zum 1. April eine Wohnung von 2 Stuben, Küche und Zubehör kost. 20.

Ein freundlich möbliertes Zimmer für 2 junge Leute Krähenstraße 11, part.

Ein Logis zu verm. Friedenstr. 48, I. Ein gutes Logis für 2—3 jg. Leute Alexanderstraße 11a, Burghof.

Billig zu vermietthen ein Prinzen-Masken-Unterzug, zwei seidene Damen-Masken-Unterzüge Moisslinger Allee 64, 1. Et.

Zu vermieten 2 sanbere flotte Damenmaskenanzüge Preis 3 und 4 Mt. Untertrave 10, 2. Et.

Gesucht ein Bauarbeiter. Zu melden Bleicherstraße 6b.

Barbier-Lehrling. Trossin, Mühlenstraße 52.

zu dem Gesetz Stellung zu nehmen. Man scheint im Reichsamt des Innern bei Ausarbeitung von Gesetzenwürken die sachverständigen Leute konsequent fernzuhalten. Von dem vorigen Reichstag vorlag, was nicht einmal dem Präsidenten des Reichs-Versicherungsamtes, Herrn Höhler, kenntlich gegeben. Nach unserer Kenntnis kommt diese Meldung nicht ganz. Soviel wir wissen, wurde der Director der Hanseatischen Versicherungsaufstalt, Herr Gehrke, zum Mindesten bei der Ausarbeitung des Entwurfs von Anfang an hinzugezogen. (Ed. d. V. B.) — Aus Vorausichtsgründen wird gemeldet: Bei der Stichwahl zur Stadtverordneten-Versammlung hat der Parteigenosse Schumann gesiegt. Unser zweiter Kandidat, Bornemann, unterlag. So stehen denn zwei Parteigenossen in der Braunschweiger Stadtparlament, während bisher nur eine davon gebaut ist, mit dieser Begebung ist der Wismar-Dösselborster Dampfschiffahrtsgeellschaft nach dem „Wölfen-Courier“ die Erlaubnis verneigt worden, einem neuen Schulschiff den Namen „Kaiser Wilhelm II.“ zu verleihen. Ein anderes gleichzeitig auf einer Werft in Wilhelm gebautes Schiff derselben Gesellschaft darf den Namen „Kaiserin Auguste Victoria“ führen.

Italien.

Auf der Anarchisten-Sache. Der Pariser „Temps“ meldet aus Rom über die Entdeckung bei Anarchisten, welche die Anarchisten überwachen, es seien zwei Anarchisten in Livorno verhaftet worden. Das ganze Komplott gegen die Sicherheitspolizei sei entdeckt und bis jetzt seien zwei Geheimpolizisten ermordet worden. Diese Nachricht ist mit großer Vorsicht aufzunehmen. Wenn tatsächlich schon zwei Geheimpolizisten ermordet worden wären, so hätte sich die deutsche Sicherheitspolizei sicherlich den Braten nicht entgehen lassen und längst bestellt nach einem Ausnahmegesetz gegen die — — — deutsc. Sozialdemokratie geschriften, diewelches einmal in vielen Ländern so Gebrauch ist. Man kennt das ja von früher her.

Lübeck und Nachbarschaft.

4. Februar.

Die Lübecker Genossenschaftsbäckerei hielt gestern Abend in den „Central-Hallen“ ihre General-Versammlung ab. Der vom Vorstand erstattete Geschäftsbericht ergab, daß auch im vergangenen Jahre das Ergebnis ein erfreuliches war. Geschlossen wurde, wiederum eine Dividende von 20 p. 1. in der üblichen Form zur Bereitstellung zu bringen. In den Aussichtsrath wurden Köhler und Loeffel wieder gewählt. Für den Bau in der Johannisstraße wurden Gelder dem Vorstand und Aussichtsrath zur Verfügung gestellt.

Zu den Gesellenausschüssen der Drechsler-Zwangsimmung wurden gewählt Dammer und Nade, welche dem Holzarbeiterverbande, und Lüdwig, welcher dem Bildhauerverbande angehört.

Die Schuhmacher-Zwangsimmung hält am Montag, den 6. d. Mon., Abends halb 8 Uhr, bei Schneider, Johannisstraße, eine Versammlung ab. An Stelle des Herrn Buermeister, der die Wahl abgelehnt hat, soll ein anderer Obermeister gewählt werden.

Die Korbmacher wollen es mit einer Zwangsimmung versuchen. Protest kann bis zum 11. Februar erhoben werden.

Arbeiterrisiko. Im Steinaderweg gingen gestern die Pferde eines Neckel'schen Wagens durch, der Kutscher fiel herab, wurde überfahren und anscheinend erheblich verletzt. Das Fuhrwerk wurde in der Fackenburger Allee, wo es um ein Haar mit der Straßenbahn kollidiert hätte, zum Stehen gebracht.

Vom Tage. In Haft gerieten ein Arbeiter aus Travemünde, welcher 150 Mark unterschlagen haben

soll, eine Schneiderin, welche beschuldigt wird, einem Schauspieler 22 Mt. gestohlen zu haben, ein von der Hanburger Anwaltschaft wegen Raubmordverdacht und Widerstandes gegen die Stadtwacht festgestellte und verfolgter Arbeiter, zwei Trunkenen und vier Polizei. Unterstechung ist eingeleitet gegen einen Steuerauditor, welcher 52 Mark Passagiergebühr unterschlagen haben soll.

Den Offenbarungsreden haben im Januar d. J. 21 Personen geleistet.

Eine wechselseitige Schenkung ihrer gesammten Habe und Güter haben die Schwestern C. L. Becker und dessen Ehefrau Wilhelmine geb. Möß genannt Kappau vollzogen.

Händelsregister. Am 1. Februar 1899 ist eingetragen: auf Blatt 529 bei der Firma: „T. Reed“. Besitzer: C. G. W. Becker; auf Blatt 1852 bei der Firma: „Carl Linde“. Die Firma ist erloschen; auf Blatt 2099 die Firma: „Linke u. Blumau“. Der der Niederschlag-Lübeck. Inhaber: 1. L. A. C. Linde, Kaufmann in Lübeck; 2. A. C. W. Blumau, Kaufmann in Lübeck. Östliche Handelsgesellschaft seit dem 31. Januar 1899.

Gefundene Gegenstände. Am Montag Januar d. J. sind beim Polizeiamte als gefunden eingeliefert worden:

Beschriebene Schirme, Handstücke, Handschuhe, Taschenmesser, Tücher, zwei Zettengewichte und andere Sachen. Die Verlagsbuchhandlung des Amtsgerichts für das Handelsregister und die übrigen öffentlichen Register befindet sich 18 im Hause: Nr. 18 des Greifswalder Hauses.

Wegen Jagdvergehens hatten sich am Montag die Herren Brünig von hier und ein Mühlspächter aus Mahlsburg vor dem Altonaer Landgerichte zu verantworten. Sie sollten am 6. November v. J. außerhalb des von ihnen gepachteten Jagdreviers der Gemeinde Garzon am Lübecker See Jagdhäfen geschossen haben. Da jedoch zu ihren Gunsten angenommen werden mußte, daß ihnen die infolge des Elbe-Tore-Kanalbaues erfolgte Senkung des Pegels des Mahlsburger Sees und die dadurch erfolgte Trockenlegung des nicht zur Gemeinde gehörigen Reviers unbekannt gewesen, wurden sie kostenlos freigesprochen und erhielten ihre notwendigen Auslagen und Vertheidigungskosten erlassen.

Fackenburg. Der Kirchenvorstand beschloß am Dienstag in öffentlicher Sitzung in der Kapelle den Ankauf von 2—2½ Tonnen Landes von Herrn Gustav Otto-Rönnebusch zum Preise von 2000 Mark pro Tonne zwecks Anlegung eines Kirchhofes. — Sonderbar! Am 22. Januar tagten im Poelau'schen Lokale nicht weniger als vier Versammlungen, ohne daß ein überwachender Beamter zugegen gewesen wäre, als jedoch am 29. Januar im selben Lokale die Fackenburger Niedertafel ein Kappensfest abhielt, war Überwachung da. Weder das Gebäude noch der Staat sind in's Wackeln gerathen.

Havighorst. In der Trunkenheit hat der Arbeiter Hirschfeld von hier, welcher das Barbiergewerbe im Nebenamt betreibt, am zweiten Weihnachtstage die Dorfbewohner mit einem Rastmesser und einer Schere zu stechen versucht. Er hatte sich deswegen am Montag vor der Altonaer Strafkammer zu verantworten, wurde aber freigesprochen, da das Gericht ihm glaubte, daß er nicht zurechnungsfähig gewesen sei. Der Staatsanwalt hatte wegen der Vorstrafen wegen Gewaltthätigkeit vier Monate Gefängnis beantragt.

Briefkasten.

Krempeßdorf. Wir bringen den Vorschlag in der Montagsnummer zur Sprache.

Speise-Halle Hansa

Mengstraße 24, I.

Großer Mittagstisch von 11½—2 Uhr.

a Person 40 und 50 Pf.

Abendessen von 6—9 Uhr.

a Person 30 und 40 Pf.

Zum Schwartauer Markt empfohlene frische Fleißerfüße, Pfastersteine, Kuchen und Backwaren in großer Auswahl.

Carl Boy, Conditor.



Uhren reinigen . 1,50
Federn einsetzen . 1,50
1 Jahr Garantie.

Ahrgläser 1. Qual. 0,80

Aug. Büttner,

Uhrmacher,

Üllstraße 32.

Karl Willenbrock's Möbel-Magazin

Marlesgrube 9

empfiehlt gut gearbeitete

Möbel, Spiegel- und Polster-Waren

zu soliden Preisen.

Folker's Möbel-Magazin

25 Marlesgrube 25

empfiehlt

gut gearbeitete Möbel, Spiegel und Polsterwaren, vom einfachsten bis zum elegantesten, zu billigen Preisen.

Heinr. v. Hartz

Arnimstraße 24

empfiehlt

sämtliche Colonialwaren, Futterstoffe für Kühe, Schweine u. Hühner, sowie Kohlen, Holz, klein u. in Kloben, Cocon, Torf u. Meilerkohlen.

N.B. Sämtliche Waren werden auf Wunsch frei ins Haus gebracht.

D. O.

Entlaufen ein dunkelgrün und schwarz gestreifter

Kater.

Kennzeichen: An der Spitze vom rechten Ohr ist

ein ganz kleines Stück ausgeschnitten. Wiederbringer oder Benachrichtiger erhält eine gute Belohnung.

Ehrlert, Heinrichstr. 24, part.

Seine und grobe Wäsche wird sauber ge-

waschen u. geplättet.

Alsfstraße 9.

Lübecker Genossenschaftsbäckerei

e. G. m. b. H.

Die in der ordentlichen General-Versammlung vom 3. Febr. 1899 beschlossene Dividende kam vom

Montag den 6. Februar d. J. ab, an den Wochentagen von Morgen 9—12 Uhr, Nachmittags von 3—6 Uhr,

gegen Vorzeigung der Guthabenscheine im Comptoir der Genossenschaftsbäckerei, Töpferweg 65, in Empfang genommen.

Der Vorstand.

Bier und Spirituosen empfiehlt J. Wulff

93 Beckergrube 93.

Braun-Bier
in Syphons
5 Ltr. Inhalt
75 Pfg.
hergestellt
die Brauerei
Adolf Osbahr,
Göttinger
Strasse 87.

Arbeits-Geräthe

für
Maurer,
Wasschbretter, Radärschen,
Handbretter, Ballfassen
empfohlen billig

J.F.B. Grube, u. Müller,
Lübeck, Alm Markt.

7 Fünfhausen 7

Zu nächstehend niedrigen Preisen offerre ich meine, der Naturbutter in Geschmack und Farbe fast gleichkommende

M A R G A R I N E.

Marke Extra, die allerfeinste, Pfund 54 Pfg.
" FF, feinste Tafelmargarine, " 50 "
" F, sehr gut, " 45 "

Bei Bedarf in
Speck, Schinken, Schweinebäcken, Carbonade Wurst u. c.
halte ich mich bestens empfohlen.

Da ich diese Artikel nur direct aus den größten Schlächtereien resp. Exportgeschäften beziehe, bin ich in der Lage stets das Beste zu billigsten Preisen zu liefern.

Margarine- und Fettwaaren-Special-Geschäft

der
Margarine-Fabrik „Holsatia“ Neumünster.

Dieser austremmbarer Coupon wird bei Abnahme von 2 Pfund Extra-Margarine bis zum 1. März d. J. für 10 Pfg. in Zahlung genommen.



| Fettwaaren-Special-Geschäft | |
|--|--------------|
| Friedrich Meier, Gr. Burgstraße 33. | |
| Geräucherte Carbonade . . . | Pfd. 60 Pfg. |
| Gefälzte Carbonade . . . | " 50 " |
| Kleine Börderschinken . . . | " 50 " |
| Gefälztes Kopf und Bein . . . | " 25 " |
| Geräucherte Schweinstöpfe . . . | " 35 " |
| Geräucherten fetten Speck . . . | " 55 " |
| Geräucherten mageren Speck . . . | " 60 " |
| Margarine, Pfd. 45, 50, 55 und 60 Pfg. | |
| Vitello-Margarine, Pfd. 70 Pfg. | |

Brauerei Fackenburg.
Sonntag den 5. Februar:
3. grosses humoristisches Bockbierfest.
Anfang 4 Uhr, Eintritt 20 Pfg., wofür Programm und Bockbier.

— — — Vorläufige Anzeige. — — —
Ten nächsten Kunden von überall und überall, aber ganz besonders meiner werthen früheren Stabilität schon jetzt
zu einer Nachricht, daß ab am **1. April** wieder
in meinem früheren Geschäftslokal **19 Holstenstrasse 19**
unter bei bekannten Firmen
Arthur Mansfeld, alleiniger Inhaber Arthur Mansfeld
ein
Special - Putz - Geschäft
eröffnen werde. Es wird mein einziges Bestreben sein, genau wie früher, durch ehrliche Rechtlität, außerordentliche Bedienung,
vor allen Dingen aber durch sehr hohe Preise nur die Gunst des Publikums wiederzugewinnen und zu erhalten suchen.
bedachtvoll Arthur Mansfeld.

Inventar-Ausverkauf zu wirklich enorm billigen Preisen.

Unterhosen und Jacken von 50 Pfg. an,
Oberhemden Mf. 2.25, ein großer Posten sehr starke Zwischen-Jackets, sowie blaue Pilot und English-Zwetherosen von
Mf. 1.00 an.

Sämtliche noch vorhandenen Waaren aus der Filiale
unter Einkaufspreis.

Carl Herm. Mich. Stave

Weiter Strambuden 4, Wilschen Markt und Marienkirche. Gegründet 1821.

Photographisches Atelier Herm. Schwegerle, Breitesstr. 31.

Hierdurch meinen werthen
Kunden zur Nachricht, daß am
Montag den 6. Februar mein
Geschäft Familienangelegenheiten
halber geschlossen ist.

Ad. Richter, Barbier,

St. Johannis 8.
Besohlenes Zwangsimmungsmittel.

Paradies.

Alle Land-Wächter von 1898, sowie andere,
welche Land pachten wollen, werden gebeten, sich
Sonntag, den 5. Februar, zur Versprechung
 einzufinden, für die Stadt bei Herrn W. Fock,
Mühlenstraße 89.

Werstarbeiterverband.
Mitglieder-
Versammlung
am Montag den 6. Februar

Aubends 8½ Uhr
bei Spahrmann, Hundestr. 101.
Wegen Wichtigkeit der Tagesordnung
ist es Pflicht eines jeden Mitgliedes zu
erscheinen.

Der Vorstand.

Wakenitz-Bellevue.

Morgen Sonntag:

Tanzkränzchen.

w. Kruse.

Friedrich-Franz-Halle

Jeden Sonntag:

Tanzkränzchen.

Lübke.

Centralhallen

Grösstes Amusement.

Heute **Maskerade.**

Elysium.

Morgen Sonntag:

Tanzkränzchen.

Gegründet H. Havemann.

Gasthof „Drei Kronen“

Fackenburg.

Sonntag den 5. Februar 1899:

Tanz - Kränzchen

verbunden mit Kappenfest.

Anfang 4 Uhr Fr. Lange.

Gesellschaftshaus Wdlerhorst.

Herrn Sonntag:

Tanzkränzchen.

Mittwoch den 8. Februar:

5tes Concert mit Ball.

Große Tanzmusik

am Markttage.

Montag den 6. Februar 1899,

in Lindner's Hotel, Schwartau.

Zum rothen Löwen.

Sonntag den 5. Februar 1899:

Tanz-Unterhaltung.

Jeden Sonntag:

Stehr's Etablissement.

Gegründet 1890.

Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 31.

Sonntag, den 3. Februar 1899.

6. Jahrgang.

Die Invaliditäts- und Alters-Versicherungs-Novelle.

III.

L. V. Nachst der Herbeiführung eines finanzellen Aufzeichens der Versicherungsanstalten beobachtigt die Novelle eine Vereinfachung und Beschleunigung des Verfahrens. Bisher hatte der Versicherte, wenn er um eine Rente einkommen wünschte, nicht den mindesten Einfluss auf den durchaus bureaukratischen Gang des Verfahrens. Waren erst die erforderlichen Urkunden wie Kaufchein, lichte Quantitätsliste, Arbeitsbescheinigung usw. eingereicht, so wurden die Ansprüche am grünen Tisch der unteren Verwaltung, abhörde geprüft und gingen dann noch einige Zeit mit einem Gutachten an den Vorstand der Versicherungsanstalt, der im ersten Instanz endgültig entschied. Das Verfahren wurde mit der Zusatze der Anträge schablonenhaft, wie in den Motiven der Novelle unumwunden zugegeben wird. Nach einer vom Reichsversicherungamt aufgestellten Nachweisung, bei der der Geschäftsvorleiter von 1897 zu Grunde gelegt ist, waren beispielsweise bei den Versicherungsanstalten Ostpreußen, Schlesien, Posen, Rheinprovinz, Westpreußen, Hannover, Brandenburg und Westfalen von einem Decennium durchschnittlich im Jahre rund 3500, 3400, 3227, 2097, rund 2000, 1800, 1704, 1458 Rentenkonträge zu bearbeiten.

Es ist ganz klar, daß bei einer solchen Arbeitsfülle der betreffende Decernent nicht in der Lage sein kann, die Ansprüche der einzelnen Bewerber individuell zu prüfen, die Bearbeitung vielmehr nach einem rein formalen Schnellverfahren erfolgen muß. Ganz abgesehen aber von der mangelsaften inhaltlichen Prüfung der Anträge ergab sich eine starke Verzögerung der Rentenfeststellung selbst. Der Rentenbewerber wußte nie, wie seine Sache stand, er wurde aufs Warten vertröstet.

Um diese zu Tage getretenen Mängel zu beseitigen, steht der Entwurf einer Dezentralisierung und "Demokratisierung" des Vorbereitungsverfahrens vor. Die Entgegennahme und Vorbehandlung der Rentenkonträge soll örtlichen Organen der Versicherungsanstalten, den Rentenstellen, übertragen werden. Es ist bemerkenswert, daß in den Motiven die Heranziehung des Arbeitselementes zum Vorbereitungsverfahren als eine sachliche Nothwendigkeit hervorgehoben wird. Es wird auf die guten Erfahrungen hingewiesen, die sich bei den Schiedsgerichten sowie bei den Gewerbe-gerichten aus der Theilnahme des Arbeitselementes bewährt haben. Die bureaukratische Organisation wird als unzulänglich preisgegeben, der bureaukratische Staat begeht selbst die Mützwirkung von Arbeitern. Die Rentenstellen soll nämlich aus einer gleichen Anzahl von Unternehmern und Arbeitern unter dem Vorsteife eines Beamten bestehen. Die Beisitzer sollen frei gewählte Vertreter der Arbeitgeber und der Arbeiter sein. Die Rentenkonträge werden auf Grund mündlicher Verhandlungen mit den Beisitzten geprüft werden. Das Misstrauen, das bisher seitens vieler Versicherten gegen das Vorbereitungs- und Feststellungsverfahren tatsächlich vorhanden war, dürfte bei der beabsichtigten Neuregelung des Vorbereitungsverfahrens in hohem Grade schwinden. Während bisher bei der Vertragung der beantragten Rente der Versicherte

immer in dem Glauben sein konnte, daß seine Ansprüche nicht genügend berücksichtigt worden seien, wird in Zukunft der Vorstand, daß im Vorbereitungsverfahren Arbeiter nicht nur mitwirken, sondern auch über die Anträge zu entscheiden, viel dazu beitragen, daß die Rentenbewerber sich bei der ersten Rentenfeststellung leichter beruhigen können, als es bisher der Fall war.

Von der Mützwirkung der Beisitzer am Vorbereitungsverfahren wird nur dann abgesehen, wenn die Bewilligung der beantragten Rente unbedingt befürwortet ist; steht dagegen die Vergabe der beantragten Rente, die Bewilligung eines geringeren als des beantragten Renteneintrages in Frage oder handelt es sich um die Begutachtung der Entziehung einer Invalidenrente oder der Entziehung von Rentenzahlungen, so sollen in Zukunft im Interesse des Rentenbewerbers oder Rentenempfängers stets die Beisitzer an der Abgabe des Gutachtens beteiligt werden.

Das Charaktergebiet der Rentenstellen ist aber damit nicht begrenzt; es soll ihr eine Reihe von Verwaltungsaufgaben zugewiesen werden, namentlich die Mützwirkung bei der Kontrolle über die Beitragssatzung, wozu sie vermöge ihrer reichen Kenntnis der örtlichen Verhältnisse besonders geeignet ist.

Wenig Geschick dagegen können wir dem Vorschlage abgewinnen, die Rentenstellen, deren Zahl auf etwa 1000 berechnet wird, als Konkurrenten der bestehenden Arbeiterssekretariate ausspielen zu wollen. Es ist recht unverständlich, in den Motiven zu dem Entwurf einen Angriff auf die modernen, von den Arbeitern errichteten Arbeiterssekretariate zu ecksieren. Die Rentenstellen wird' großem Misstrauen seitens der Arbeitervölkerung ausgesetzt sein, wenn sie — wie es in den Motiven heißt — dazu herangezogen würde, über Fragen des gewerblichen und wirtschaftlichen Lebens Kunst, Mechtshaltung und unter Umständen auch Beihilfe zu ertheilen mit der bestimmt Absicht, dadurch ein Gegengewicht zu schaffen gegenüber „neuerdings getroffenen anderen Einrichtungen dieser Art, welche, vielfach von einseitigen Gesichtspunkten ausgehend, den Endzweck der sozialpolitischen Gesetze, die Versöhnung zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern eher zu gefährden als zu fördern geeignet seien“.

Die Regierung hätte gut daran gethan, in ihre Novelle nicht derartige, die Freiheit der Arbeit beschneidende Tendenzen hineinzupacken.

Auch bei der Rentenfeststellung soll in Zukunft nicht mehr der Vorstand der Versicherungsanstalt allein, sondern eine kollegiale Behörde, die Rentenkomitee, entscheiden. Diese setzt sich zusammen aus dem Vorstand und je einem Vertreter der Arbeitgeber und der Versicherten. Eine Befugnis, die leider den Landeszentralbehörden vorbehalten bleibt, ermächtigt diese, den Rentenstellen selbst im Gebiete des Bundesstaates statt der Begutachtung der Rentenkonträge auch die Beschlussoffnung über diese zu übertragen, dadurch die Dezentralisation der Rentenfeststellung in noch weiterem Umfang durchzuführen. Das gesamte Verfahren wäre dann vorbehaltlich der Rechtsmittel in eine einzige und zwar örtliche Behörde gelegt. Unseres Erachtens wäre es ein wesentlicher Fortschritt, wenn diese fakultative Befugnis den Bundesstaaten entzogen und dafür ganz allgemein den örtlichen Rentenstellen neben dem Vorbereitungsverfahren auch die endgültige Festsetzung der Rente übertragen würde.

Die Kinder der Exzellenz.

Roman von Ernst von Wolzogen.

(23. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)
Die einstigen Pensionatsfreundinnen standen nun Brust an Brust und blickten einander in die Augen.
„O, meine Asta, ich mußte Dich wiedersehen!“ nahm Adriane das Wort. „Reulich bei der Flursturz durften wir uns ja nicht kennen. Und Du, Böse, hast Deine Rolle so gut gespielt, daß ich ganz unglücklich war und glaubte, Du wolltest wirklich nichts mehr von mir wissen, weil ich zur Bühne gegangen bin. Aber, nicht wahr, das ist nicht so? Hier bin ich nicht Blanka Grigori, nicht wahr, sondern Deine alte, liebe Adriane?“

Wie ihr diese Stimme wieder zu Herzen drang! Ohne daß sie es wußte, drückte sie die beiden weichen Hände fester in den ihren, während sie fast stotternd erwiderte: „Adriane! Ich weiß nicht . . . ich war so erschrocken, enttäuscht, als ich erfuhr, durch ein Bild von Dir, das mein Bruder mit sich herumträgt . . . wer die Grigori . . .“

„Die Grigori, diese Person!“ rief die Sängerin, lächelnd mit hochmuthigem Tone und scharfer Aussprache des „S“. Und dann kam sie Trudi's Klafforderung, Platz zu nehmen, nach und lachte: „Wie g'schäfig, daß gerade dieser kleine Leutnant von Lersen sich unter die Schaar meiner Hoffnungsvollen Anbeter begeben mußte, um der Schwester mein Inkognito zu verrathen. Ich hatte die größte Lust, den jungen Herrn, dessen Karte ich so häufig in meinen Blumen fand, zu fragen, ob er mit jener Asta von Lersen verwandt sei, welche — et cetera . . . Aber ich hätte dadurch zu leicht mein Geheimnis preisgeben können . . . und außerdem empfing ich auch damals noch keine Herrenbesuche!“

„Damals?! Und jetzt?“ fragte Asta mit rasch aufsteigendem Missbehagen.

„O, jetzt bin ich ganz leichtsinnig geworden, jetzt empfange ich sogar den lecker kleinen Leutnant von Lersen!“ versetzte

die Grigori heiter. Aber sie bemerkte sofort, daß ihr Ton erkältend auf Asta's Empfindungen wirkte, welche sich schon so geneigt gezeigt hatten, im warmen Strahl der herzlichen Begegnung zur alten Liebe aufzublühen. Und sie setzte klug und entschlossen hinzu: „Du weißt vielleicht aus eigener Erfahrung, Asta, daß ein Mädchen, welches einen Befehl tief da drin sitzen hat, gegen alle Geschosse fest ist. Ja, wirklich, warum soll ich es nicht sagen? — Adriane, die Stolze, ist verliebt bis über die Ohren in einen Mann, zu dem sie in ganz erbärmlicher Auberung emporhant, den sie für den einzigen wirklichen Mann hält, der ihr noch je begegnet ist. . . . Denke Dir, ich könnte alle Tage Prinzessin werden, wenn ich wollte; der gute Prinz Führingen hat mir's gestern auf dem Feste seiner Tante in unzweideutigster Weise zu verstehen gegeben, aber ich habe mich schönstens bedankt und ihn ausgepottet noch obendrein; denn ich bin nun einmal so dumum, diesen amerikanischen Mister Nobody, diesen republikanischen Cavalier von altem deutschen Adel, der sich vom Schlossergesellen . . .“

„Herr von Eckardt!“ Der laute Ruf entfuhr Trudi unwillkürlich.

Adriane wandte sich zu dem jungen Mädchen: „Sie kennen Herrn von Eckardt?“

„Ich? O, wir sahen ihn einmal bei einem Bazar — er war so komisch! — Und dann sahen wir Sie mit ihm in einer Drosche vom Rennen zurückkommen.“

Trudi sagte es einigermaßen besangen und mit unsicheren Seitenblicken auf ihre Schwester, welche offenbar erregt mit der Quaste an der Armlehne ihres Polstersessels spielte.

Asta lachte lärmös auf.

Dieser erstaunliche Amerikaner geht ja jetzt in der Berliner Gesellschaft um wie ein Geist, um den kleinen, heiratsfähigen Mädchen bangt zu machen! Bricht wie ein Wolf in die Schäßburden ein und stört den Seelenfrieden der Lämmer, die er nicht frisst!“

Trudi blickte erstaunt ihrer Schwester in das erlebende

Die Rentenstellen würden gleichzeitig Rentenkomitee Dem Anstaltsvorstand sowie dem Versicherten bliebe dann immer noch die Berufung vorbehalten. Dadurch wäre einerseits das finanzielle Interesse der Anstalt, andererseits aber die Interessen der Versicherten in wesentlich höherem Maße gewahrt, als es seitens des Entwurfs vorgesehen ist. Durch die fakultative Befugnis der einzelnen Bundesstaaten wird es möglich, daß in einem Staate den Rentenstellen die Festsetzung der Rente übertragen wird, während dies in anderen Staaten nicht der Fall ist. Es entsteht auf diese Weise eine Ungleichartigkeit in dem Verfahren, daß die Versicherten als ungerecht empfunden müssen. Denn unzweifelhaft hätten die Versicherten dort, wo die Rentenstellen als Rentenkammer fungiert, eine erhöhte Garantie für die richtige Bewertung der Rente, als dort, wo die Versicherungsanstalt als solche das leisste Wort bei der Rentenfeststellung spricht. Um dieser ungleichartigen Behandlung aus dem Wege zu gehen, um namentlich aber auch das Verfahren noch nicht zu beschleunigen, was im Interesse der Versicherten unumgänglich nothwendig ist, empfiehlt es sich, die Beschlussoffnung über die Rentenanträge generell den Rentenstellen zu übertragen.

Soziales und Partei-Leben.

Münster. Der Streik in der mechanischen Weberei Ludwig Kroll ist bereits gütlich beigelegt worden.

Antwerpen. Der hiesige Schrifteben- und Stein-drucker Ausstand ist nach der „Röhl. Blg.“ zu Ende. Die Ausständigen haben nichts erzielt.

Zum Weberstreik in Crefeld. Man schreibt uns: Eine Dienstag Abend stattgefundene Verhandlung der im christlichen Verbande organisierten Arbeiter, welche nebenbei bemerkt nur ein Bruchteil der Gesamt-Streikenden repräsentieren, mit den Fabrikanten verlief resultlos. Die Fabrikanten hatten sich schon der Hoffnung hingegeben, daß es ihnen und der christlichen Führer bemühten gelingen werde, die Arbeiter zur Wiederaufnahme der Arbeit zu bewegen. Privatim hatten sie schon die Zahl der christlichen Arbeiter auf jeden Betrieb vertheilt, um die eiligen Sachen fertig zu stellen. Aber die Hoffnung wurde getäuscht und werden die anderen Verbände schon dafür sorgen, daß eine so einseitige Verhandlung nicht mehr stattfindet, was ihnen um so leichter wird, da sich zahlreiche christliche Arbeiter an die anderen Verbände um Unterstützung wenden. Dazu kommt noch, daß in der letzten Woche Ordres für Sammt eintrafen und die Fabrikanten nicht in der Lage sind, diese auszuführen; sie werden also bald in die kritische Lage versetzt sein, mit den Arbeitern zu verhandeln oder die Kundshaft aufzugeben, welch letzteres sie wohl lassen werden. Nicht ein einziger Streikbrecher ist bis jetzt zu verzeichnen, trotzdem man Versuche gemacht hat, von auswärts solche heranzuziehen, und ist man in allen Kreisen über die Einigkeit erfreut. Es steht zu erwarten, daß bald das Eis durchbrochen wird. Möge die deutsche Arbeiterschaft die Crefelder Weber so lange unterstützen.

Raum ist in Kopenhagen die große Maschinen- und Metallarbeiter-Aussperrung durch Vergleich verhindert, so ist schon wieder ein neuer Konflikt ausgebrochen, um die Anerkennung der Arbeiterorganisation seitens des Meisterverbandes. Diesmal ist es der Altmeister der Fleischerinnung, der sich weigert, mit

Gesicht und Adriane zuckte aus ihrer nachlässigen Haltung empor, als wenn sie ein eisiger Hauch im Rücken getroffen hätte. Ihre Augen bekamen einen eigenhümlichen Glanz, ihre Nünen eine auffällige Gespanntheit.

„Was willst Du damit sagen?“ fragte sie mit ironischer Schärfe. „Bin ich das aufgegessene Schaf nach Deiner Ansicht? Ober hat er Dich vielleicht selbst angebissen, daß Du ihm keinen Appetit so süß nimmt?“

„Ich? Was geht mich dieser Herr mit seinem Appetit und Geschmac an?“

Asta schlug die Hände übereinander und warf verächtlich das schöne Haupt auf.

„Sein Geichmac, willst Du sagen — für eine Theater-prinzessin, wie?“

Auch Adriane sprach nun sehr erregt. Sie hatte sich von ihrem Blaue erhoben und machte zwei Schritte gegen die Thür, wie um das Zimmer ohne ein weiteres Wort zu verlassen.

Sie besann sich jedoch, ging wieder auf Asta zu und sprach, sich sichtlich mühsam beherrschend: „Nein, Fräulein von Lersen, so dürfen doch zwei einst so gute Freundinnen nicht auseinandergehen! Asta! Was hast Du mir vorzuwerfen? Wie kannst Du mich verdammten, ungehört — bloß weil Du nicht begreifen kannst, wie eine Dame von meiner Herkunft und Bildung zu einer Operettensängerin werden kann!“

„Unser Temperament war ja immer sehr verschieden“, warf Asta leicht hin.

„O, weit gefehlt! Mein Temperament allein hat mich nicht zur Bühne getrieben — aber ein unglückliches Schicksal, ein Schicksal — für das gerade ihr einiges Verständnis haben sollte!“

„Wir?“ Beide Mädchen rissen es gleichzeitig und blickten überrascht zu der Sprecherin auf.

Sie trat dicht hinter Asta's Stuhl und flüsterte ihr fast ins Ohr: „Es war mein Vater, der mich in namen-

bem Vorstand des Fleischhersteller-Verbandes zu verhindern. Und die Gilde droht mit Anwendung von Machtmitteln, wenn einer der Meister sich widerspenstig zeigen sollte. Uebrigens sind die Forderungen der noch Ablehnung der Verhandlung in den Streit eingetretenen Gesellen so bescheiden und berechtigt, daß kaum zu zweifeln ist, daß sie damit durchdringen müssen: 22—25 Arznei-Wochenlohn je nach der Arbeit, zehnstündige Arbeitszeit, am Sonntag vierstündige Regulierung der Leistungsverhältnisse, Abschaffung des Post- und Logistiksystems, so weit dasselbe noch existirt. Da einige Meister schon die Bedingungen unterschrieben haben, sind statt 400, nur 250 Gesellen in den Streit eingetreten. Uebrigens hat im badischen Arbeitgeber-Verein doch schließlich der vergleichsgünstige Vorstandende Anderen gestellt. Er wurde wieder zum Vorständen gewählt und außerdem mit 44 gegen 20 Stimmen sein Verhalten im letzten Konflikt genehmigt, weil er dies als Bedingung der Wiederaufnahme der Wahl gestellt hatte.

Bon der japanischen Arbeiterbewegung wird der „Süd.“ Urk.-Blg.“ berichtet:

„Am 1. Dezember 1898 hat „Die Arbeiterwelt“, das erste und einzige Arbeiterorgan Japans, den ersten Jahrestag seines Bestehens gefeiert. Die 12 Seiten starke, eng gebrachte Festnummer enthält folgende Stelle, welche für den Charakter der japanischen Arbeiterbewegung bezeichnend ist: „Wir sind die einzigen Verteidiger der Arbeiter des äußen Ostens gewesen und wir haben nach bestem Wissen unsere Aufgabe zu erfüllen versucht, die Sache der Menschheit zu fördern. Wir bekannten uns zu den Grundtakten der sozialen Gerechtigkeit und Moral. Wir streben dem Menschenideal zu, das in der Gemeinschaft und der allgemeinen Brüderlichkeit besteht. Wir sind des Individualismus müde, der eine von der kapitalistischen Gesellschaft geheiligte Form der Anarchie ist. Wir müssen für die Verbesserung und Erneuerung der Gesellschaft werten und zwar durch die Einführung des christlichen Sozialismus, in welchem die einzige Hoffnung der Errichtung von den gegenwärtigen Uebeln beruht. „Die Arbeiterwelt“ wird sich bemühen, die besten und edelsten Ideen der abendländischen Civilisation einzuführen und für die Reformen zu kämpfen, welche schon anderwärts zum Wohle von Millionen von Arbeitern eingeschlagen worden sind.“ Das „Die Arbeiterwelt“ auf dem Boden des christlichen Sozialismus steht, erklärt sich dadurch, daß der Redakteur des Blattes, S. T. Katahama, seine Studien in England gemacht hat und dort zu einem ehrlichen Anhänger des christlichen Sozialismus wurde. Dement ist, daß der christliche Sozialismus der Engländer nichts mit der sozialreaktionären Demagogie Südlers gemein hat und sich auch sehr vortheilhaft von der nationalsozialen Konfusionsmeierei der hohenzlerbegehrten Raumann und Konsorten unterscheidet. Er ist ehrlich demokratisch und zählt sogar nicht wenige durchaus revolutionäre Vertreter. Außerdem ist neben der christlichsozialen Strömung auch eine modernwissenschaftliche vorhanden, deren Borkämpfer auf dem Boden der Marx-Engels'schen Auffassung stehen. „Die Arbeiterwelt“ steht u. a. mit, daß die „Gewerkschaft der Eisenarbeiter“, welche vor Jahresfeist mit 1000 Mitgliedern gegründet wurde, jetzt bereits 3000 zählt. Wie kräftig die Arbeiterfrage sich in Japan in den Hintergrund des öffentlichen Lebens zu drängen beginnt, dafür ein Auszeichen: Im letzten November hielt Kenkaro Kaneko, der Minister der Landwirtschaft, in Tokio einen öffentlichen Vortrag über die Lage der Arbeiter. Er betonte die geringe Bedeutung, die das Sparen für die Verbesserung der Lage der Arbeiter hat und würdigte sehr eingehend und richtig den Einfluss der Gewerkschaften als Mittel der proletarischen Selbsthilfe, sowie den Wert eines wissamen gesetzlichen Arbeiterschutzes als Mittel der gesellschaftlichen Hilfe. Des Weiteren verbreitete er sich über die für die Arbeiter vorliegende Notwendigkeit, einen reichen und selbstständigen Anteil am politischen Leben zu nehmen. Ein Gesetzentwurf, welcher die Arbeit in Fabriken und Werkstätten regeln soll, ist im wesentlichen Kaneko's Werk. Voller Siegen über die Beschlüsse des Entwurfes liegen über die Abstimmungen des Entwurfes keine Angaben vor. Dagegen wird berichtet, daß die Unternehmer ihm einen Gegenantrag entgegengestellt haben. Nach demselben soll die tägliche Arbeitszeit zwölf Stunden betragen, Dienstag und Freitag zwei pro Monat vorgesehen, die Arbeit von Kindern unter acht Jahren wird verboten. Gewiß, dieser Ansatz zu einem gesetzlichen Arbeiterschutz ist anstrengend. Aber immerhin ist es charakteristisch und spricht für die wachsende Gärung unter den Arbeitern, daß das Unternehmertum selbst sich gezwungen sieht, mit einem Antrage zur Regelung der Arbeit vorzugehen.

Das Fiasco der Frankfurter Polizei in ihrem Vorgehen gegen die Zahlstelle des Verbands eines wichtigeren Arbeiters ist nunmehr vollständig. Nochmals bereits die Auflösung vorgetragen

loses Glend stürzte, mein leiblicher Vater, der an dem Lande, dem er diente, zum Verräther und Diebe wurde!“

Auch Asta sprang nun auf und ihre blauen Augen blitzen die ehemalige Freundin zornfunkelnd an. „Dein Vater ein . . .“

Sie sprach es nicht aus, aber ihre Brust wogte heftig und sie ballte kramphaft die schmalen Finger zur Faust: „Und dafür sollen gerade wir ein besondres Verständnis haben? Ich hoffe, Du wirst mir das erklären?“

„Nun, ich dachte, ihr müßtest mich recht gut verstehen,“ versetzte die Serbin trocken. „Lebt Ihr nicht auch elend und kümmerlich genug in Eurem vornehmen Müßiggange, von Euren früheren Lebensgewohnheiten wie durch eine chinesische Mauer getrennt? Und wem verdankt ihr das anders, als dem Leichnam Eures Vaters?“

Nun erhob sich auch Trudi erschrocken und empört. Asta winkte ihr Schweigen zu und nahm das Wort für beide: „Und Du wagst durch einen solchen Vergleich das Andenken unseres hochstünigen, edlen Vaters zu verunglimpfen, der das Geld mit vollen Händen ausgab, weil er den Mammon verachtete . . .“

Und auch mit vollen Händen nahm, wo er es bekam, ohne „sich über die Folgen großen Gewissensbisse zu machen, wie es scheint!“ fiel Adriane ihr gereizt in die Rede. „Ist es etwa so viel edler, seinen besten Freund um das Seine zu bringen, als einem Lande durch seinen Eigennutz Schaden anzuzufügen, das gar nicht einmal das Vaterland ist, sondern nur der schlechte Zahler für die großen Dienste, die man ihm erwies?“

„Unser Vater hätte seinen besten Freund . . . ?!“ rief Trudi entrüstet.

Adriane sah die beiden Mädchen erstaunt an. „Kannst du denn die Geschichte wirklich nicht? — Ja, mein Gott, dann hätte ich freilich lieber schweigen sollen!“

Nichteinholung der gesetzlich vorgeschriebenen Fristen vom Gericht kürzlich aufgehoben worden war, sind jetzt auch die angeklagten Vorstandsmitglieder freigesprochen worden. Das Gericht konnte nicht die Übereinstimmung gewinnen, daß sich die Zahlstelle mit politischen Angelegenheiten beschäftigt habe. Die Kosten des ganzen Verfahrens wurden der Staatskasse aufgebürdet. So ist die von der Polizei mit so großem Aufwand in Szene gesetzte Aktion gegen die nichtgewerblichen Arbeiter ausgegangen wie das Hornberger Schlesien. Hoffentlich zieht man auf dem Polizeipräsidium in Frankfurt a. M. aus diesem Ausgang eine gute Mahnungswirkung.

Friedrich Engels und das Militärsystem. Im Bezir. v. Is. erschien in den „Sozialistischen Monatsheften“ ein Aufsatz, betitelt: „Was Friedrich Engels militärgeschichtlich? Er war mit dem Pseudonym Hegel unterzeichnet. Gegen diesen Artikel, der die Militärsfrage in einer nach Ton und Richtung bemerkenswerten Art erörterte, wendete sich mit Entschiedenheit Karl August in der „Neuen Zeit“ mit einem Aufsatz: „Friedrich Engels und das Militärsystem. In dem vorbenachrichteten Heft der „Neuen Zeit“ (Nr. 19 vom 4. Febr. 1899) wird nun unter der Überschrift: „Friedrich Engels und das Militärsystem“ der erste Theil einer Entgegnung auf Hegel's Artikl veröffentlicht. Der Verfasser ist Max Schippel, der im Eingange erklärt, daß er der Zeiger in der „Sozialistischen Monatshefte“ ist. Da es uns an Raum gebricht, die Artikel anschließlich mitzutragen, verweisen wir unsere Leser, die sich für die Streitfrage interessieren, auf die detaillierten Artikel.

Arzt, Mal und Gem.

Alte Chronik. Zur Lautenliebhaber kam die ebenso alte wie alte Gewohnheit, sich zu geslogene Tauben für den Hand anzuhören, jetzt unter dem Eindruck des Briefes zum Schluß der Brieftaube schlimme Folgen haben. So wurde fürstlich in Spanien ein Matrosenmärtler, der eine in seinen Schlaf verirrte Taube des Militärbrieftaubenvereins „Eile“ behalten hatte, deshalb zu drei Wochen Gefängnis verurtheilt. Eine Deuterin. Aus Hamburg wurde vor einigen Tagen gemeldet, daß sechs Matrosen der kaiserlichen Marine, die die Kreuzfahrt nach Palästina mitmachten, desertirt und mit dem Schiff „Pessos“ nach Hamburg geschafft worden seien. Die Sache verhält sich aber folgendermaßen: Sechs Reichsangehörige standen vor der französischen Legion von Suezland als desertirt, wandten sich dann an den deutschen Konsul in Alexandria und wurden mit dem genannten Schiff nach Hamburg befördert. — „Ewiges Heil.“ Bei der silbernen Hochzeit in Rotha verlor ein kleiner Landesfürst bei der Gratulationsrede eine Adressa, wobei er subsequent das Herzogspaar mit „Ewiges Heil“ anredete. Die Umstehenden könnten sich kaum des Lachens über diese neue Monarchiehaltung enthalten. Wer ist denn Schulz davon? Die thüringische Staatsfrau, die Auktion „Eier“ in „Ew.“ abzuhalten pflegt dem kleinen Eise einen Tschiss in Krebsenschnitte bei Beuthen in O-Sch. brachen Sonntag Nachmittag flüsslich her ein. Zwölf Kinder des Matrosenmeisters Lüdke daselbst, im Alter von 6 und 11 Jahren, ertranken. — Genosse Wessel in Düsseldorf hatte bei der Beerdigung des Neboten des Theis in Dortmund einen Krampf mit roter Schleife getragen. Diese rothe Schleife wurde von der Polizei konfisziert. Wessel erhob dagegen Beschwerde bei dem Regierungspräfektur in Arnsberg. Darauf ist jetzt, wie Wessel selbst mittheilt, durch die Polizei ihm die Schleife wieder zugestellt worden, der sie den Hinterlebenen des Verstorbenen als Andenken übermittelte. „Juden ist in Deutschland zu diesem Maune nicht gestattet“, so steht man auf einem gedruckten Zettel, der sonst „Ahrweiler“ in einem Geschäftszimmer des Regierungssgebäudes zu Wiesbaden hängt. Natürlich handelt es sich lediglich um ein Privatvergnügen untergeordneten Organe, das höchstens wohl nicht lange dauern dürfte. — „Wenn das so fort geht, in möchte man fast Sozialdemokrat werden!“ Mit diesem Ausdruck machte ein ehrenwerther Edelheimer Bürger seinem gebrechlichen Herzen Lust, als seine Beschwerde wegen bedenklich erhöhter Steuer von der zuständigen Stelle abgewiesen wurde. Aus diesen unversänglichen Worten hat man innerhalb des Kriegsvereins in Eckenheim, dem der Betreffende angehörte, geschlossen, daß man es mit einem verkappten, eurazisten Sozialisten zu tun habe. Flugs schloß man daher den gesährlichen Menschen aus dem Verein aus. Es geht nichts über friegerverdienstlichen Patriotismus! — Vom Konstanzer Schwurgericht wurde am 31. Januar der 68jährige Fridolin Weber von Uttenhofen

wegen Doppelmordes zum Tode, und die 24jährige Auguste Meyer von dort wegen Verhältnis unter Jubiläum misshandelt. Umhänden zu Jahren Gefangen verurtheilt. Beide waren gesändig. Zweie Soldaten, die bei Olderman mitgesamt hatten, sind in London an Alkoholvergiftung gestorben. Ein dritter konnte gerettet werden. — Die Rigaer Geschworenen sprachen nach Vaudesbranche eine gewisse Bonassi frei, die ihren Vater ebenfalls ermordet hatte. Einige Freunde des Gedachten weniger galten als die Geschworenen, warteten vor dem Gerichtsplatz auf die Bonassi, die sofort enttarnt wurde, als der Freitreppe erfolgt war, nahmen sie in ihre Mitte und schütteten ihr ohne Bedenken den Hals ab; den Leichnam ließen sie vor dem Gerichtsplatz liegen. — Die Pest ist in Narraschi (Indien) von neuem ausgebrochen, die Einwohner verlassen die Stadt.

Unter dem Buchthausnus. In Halle sind vorgestern die Handformer Biepler und Goetschial zu zwei resp. sechs Monaten Haftstrafe verurtheilt worden, weil sie einen Streitbrecher als solchen gescholten und an den Hals gepackt haben.

Aus der Ferienkolonie. Wegen eines militärischen Verbrechens der Selbstbeschädigung, ausgeschüttet während der Ausbildung des Dienstes, stand der Soldat des ersten Gardeartillerie-Regiments Michaelstein vor den Militärgeschworenen in München. Der Angeklagte war mit weiteren Kameraden in der Moos II-Kaserne zum Holzmachen kommandiert, wobei Kühlsteiner das Holz anspalten hatte. Dort brachte sich Kühlsteiner am linken Beinsfinger einen breitlichen Beilhieb bei, daß das rechte Glied des Fingers vollständig abgetrennt wurde. Der abgetrennte Theil des Fingers einen spitzen bis zu den Knöchen gehenden Beilhieb aufwies, wodurch von der Anklage angenommen, daß sich Kühlsteiner diese Verletzung absichtlich bebracht habe, um sich seiner Dienstpflicht zu entziehen. Diese Annahme wird noch dadurch bestärkt, daß der Angeklagte schon am anderen Tage seiner Freiheit einen breitlichen Beilhieb habe und vielleicht schon an Weihnachten frei werde. Darauf antwortete seine Geschworene, daß sie, wenn er frei werde, „zwei heilige Messen versprochen habe“. Kühlsteiner bestreit, daß er sich den Finger absichtlich abgeschlagen habe, es liege ein unbedenklicher Unglücksfall vor; es sei mit Volt und Vieb zum Militär eingezogen. Die Geschworenen sprachen den Angeklagten eines militärischen Verbrechens der Selbstbeschädigung schuldig, worauf Kühlsteiner zu 1 Jahr 15 Tagen Gefängnis und Verbüßung in die 2. Klassifizirten Soldatenstandes verurtheilt wurde. „Doch zu Weihnachten gekommene Fingerstücht wird zur Verfügung des Angeklagten hinzu gegeben.“ — Selbstmord. Am 24. Februar wird berichtet: Montag kurz nach Mittag wird aus dem der Stadt nahe gelegenen Klosterneuburg die Leiche des Geistlichen Michael der 6. Eskadron des hierigen 6. Chev.-Rgt. gezeigt. Es liegt Selbstmord vom Motiv: Furcht vor Strafe.

Ein schneidiger Gendarm. In Weimar ist der Hauerloch des preußischen Leibregiments bei Weide am vorigen Sonntag schneidig bisolt worden. Eine Hinterne Studentenverbündung hatte unter Theilnahme einer Anzahl sogenannter „alter Herren“ nach der benachbarten Preußischen Stadt einen Ausschlag geworfen. Dabei wurde allerlei Allotria getrieben. Als nur die Herren kleine Würzeln unter einer Scheide luden, da wurde das den Geschwärmen Claus doch zu kuriert. Er sprang zwischen die siedende Gesellschaft — ein halbes Dutzend Worte hin und her — und der Scheide und den jungen und alten Akademikern um die Köpfe. Die Herren wurden mehr oder weniger schwer verletzt. Ob es wahr ist, daß auch ein Gießener Unterrichter, der mir von der Parthe war, zu den Verschönen zählt, ist nicht mit Sicherheit zu ermitteln. Thatjage ist, daß ein Gießener Arzt, der gleichfalls Teilnehmer am Ausschlag war, sofort alle Hände voll zu thun hatte, um die Verwundeten zu verbinden. Die Angenähnigkeit ist bereits der Staatsanwaltschaft untertritten.

Recht traurigen Briefen der einstigen Miss O'Gallogan an ihre hohe Göttin. Die Geschäfte ihres Mannes gingen von Jahr zu Jahr schlechter. Er hatte einst seinem geliebten Kameraden, dem genialen jungen Freiherrn von Versen, nach und nach den größten Theil seines Vermögens geliehen und dieser war, bei seinem unverbaßlichen Leichnam in Geldsachen, stets außer Stande, die Schuld seinen Versprechungen gemäß abzutragen. Er zahlte zwar ziemlich regelmäßig die Blumen, aber Eckardt bedurfte zu seinen Unternehmungen durchaus des Kapitals.immer von Neuem rechnete er damit, daß Versen endlich seinen Verbindlichkeiten nachkommen würde — stets vergebens! Die fränkische kleine Frau war dem Druck der von Jahr zu Jahr schwerer auf ihr lastenden Sorgen ganz geminderter Nahrungssorgen! — nicht gewachsen, und starb mit Hinterlassung eines vierjährigen Knaben — Rudolfs.

Trotzdem Astas Hochmuth sie gereizt und erbittert hatte empfand Adriane doch um Mitleid mit den beiden Mädchen als sie sah, Welch tief schmerzhaften Eindruck ihre Erzählung auf sie machte. Ihr gutes Herz war rasch bereit, die vorausgegangene Kränkung zu vergessen. Sie vorschnell ihre vorschnelle Zunge und wollte entschuldigen und begütigend den Versens zusprechen.

Doch unterbrach sie Asta schon bei den ersten Worte und sagte mit schlecht gespielter Gelassenheit: „Und die gute Fürstin hat natürlich ihrer einstigen Gesellschaftsdame daß alles bereitwilligst geglaubt! Feder, der unsern Vater gekannt hat, würde nicht einen Augenblick zweifeln, daß die Geschworene eine gewisse Bonassi sei; aber freilich, diese Geschworene scheint von jener das Talent besessen zu haben, die fragwürdigsten Persönlichkeiten zu ihren Vertrauten zu wählen!“

(Fortsetzung folgt.)